

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Georg Michenthaler

Präsident der AK Oberösterreich

Sozialforscher (IFES)

**Finger weg vom staatlichen System:  
Pensionen in der Verfassung verankern!**

Pressekonferenz

Montag, 9. September 2019, 10 Uhr

Presseclub Concordia

Konservative und neoliberale Politiker/-innen sowie Versicherungs- oder Bankmanager/-innen stellen wiederholt die Stabilität und dauerhafte Finanzierbarkeit unseres gesetzlichen Pensionssystems in Abrede. Die gescheiterte türkis-blaue Bundesregierung plante (wie schon die schwarz-blaue Vorgängerregierung unter Altbundeskanzler Schüssel) eine verstärkte Verlagerung zu privaten Pensionsversicherungen. Dieser geplante Systemwechsel würde das gut funktionierende, existenzsichernde staatliche Pensionssystem schwächen und das Armutsrisiko von älteren Menschen massiv erhöhen. Darum fordert die Arbeiterkammer Oberösterreich die verfassungsmäßige Absicherung des gesetzlichen Pensionssystems.

Die Eckpfeiler unseres Pensionssystems sind das Umlageverfahren, die Ausfallhaftung, der Schutz vor Altersarmut mit dem System der Ausgleichszulage und die solidarische Pflichtversicherung (mit bestimmten Beitragssätzen). Sie müssen vor leichtfertigen Zugriffen geschützt werden, daher braucht es ihre Absicherung in der österreichischen Bundesverfassung. Fundamentale Änderungen sind dann nur noch mit einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit möglich.

Systeme mit „kapitalgedeckter“ Vorsorge, wo die Versicherten das volle Veranlagungsrisiko zu tragen haben, sind keinesfalls geeignet für eine verlässliche, existenzsichernde Altersvorsorge. Die Existenz der Versicherten darf nicht dem Risiko einer ungewissen Rentenzahlung und eines realen Wertverlustes ausgesetzt werden, wodurch die Altersarmut steigen kann.

Es liegt in der Verantwortung der Politik, für alle, die auf eine existenzielle Absicherung im Alter angewiesen sind, diese bestmöglich zu gewährleisten. Wer einen Verlust von privat angelegten Geldern in Kauf nehmen kann und will, wird davon nicht abgehalten.

## **Österreich vs. Deutschland – der Vergleich macht sicher**

Der österreichische Weg bietet sichere und stabile Pensionen – im Gegensatz zum Nachbarland Deutschland. Dort wurde das Niveau der ersten Säule erheblich reduziert. Die daraus entstehende Versorgungslücke sollte durch privatwirtschaftlich organisierte (staatlich geförderte) Betriebspensionen und die private (nach dem ehemaligen Sozialminister Walter Riester benannte) Riester-Vorsorge geschlossen werden. Die Lücke aber wurde nicht gedeckt – die Altersarmut steigt bereits.

Ein OECD-Vergleich des Pensionsniveaus für heutige Berufseinsteiger/-innen ergibt für Deutschland ein ernüchterndes Ergebnis: Bei lückenlosem Versicherungsverlauf (bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter) beträgt für eine/n Durchschnittsverdiener/-in die Netto-Pension in Deutschland nur die Hälfte des vorigen Einkommens, in Österreich sind es mehr als 90 Prozent.

#### Netto-Pension in Prozent des Erwerbseinkommens

| Netto-Pension bei einem... | Niedrigverdienst | Durchschnittsverdienst | höheren Verdienst |
|----------------------------|------------------|------------------------|-------------------|
| <b>Österreich</b>          | 92,2             | 91,8                   | 90,9              |
| <b>Deutschland</b>         | 54,7             | 50,5                   | 49,8              |

Quelle: OECD, Pensions at a Glance, Online: August 2019. Alle Zahlen beziehen sich auf idealtypische Personen, die 2016 mit 20 Jahren ins Erwerbsleben eintraten und mit 65 Jahren in Rente gehen.

Anmerkung: Niedrigverdienst = halbes Durchschnittseinkommen; höherer Verdienst = 1,5-faches Durchschnittseinkommen

Nach dem Umbau des Pensionssystems sind in Deutschland knapp 41 Beitragsjahre erforderlich, um eine Pension in Höhe der Armutsgefährdungsgrenze zu erreichen. Aufgrund weiterer Absenkungen des Pensionsniveaus werden dafür künftig sogar 48 Beitragsjahre notwendig sein. In Österreich reichen demgegenüber heute und auch in der Zukunft 26 Jahre.

#### Ausgleichszulage: „Mindestpension“ schützt vor Armut

Das Problem niedriger Pensionen wird in Österreich im Vergleich zu Deutschland aus zwei Gründen entschärft: Zum einen liegt das allgemeine Leistungsniveau der öffentlichen Pensionsversicherung in Österreich deutlich über jenem in Deutschland. Die im August vereinbarte deutliche Erhöhung niedriger Pensionen um 3,6 Prozent für 2020 ist sehr zu begrüßen.

Zum anderen gewährt das österreichische System der Ausgleichszulagen nicht nur eine merklich höhere „Mindestpension“, sondern auch einen deutlich niederschwelligeren Zugang als die deutsche „Grundsicherung“, und zwar ohne vorheriger Verpflichtung zur Vermögensverwertung.

## **Umbau des deutschen Pensionssystems brachte viele Nachteile**

Die Abkehr vom bisherigen Primat der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu verstärkter betrieblicher und privater Vorsorge hat in Deutschland eine Schwächung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Rentenversicherung gebracht. Diese kann über die zweite und dritte Säule nicht kompensiert werden.

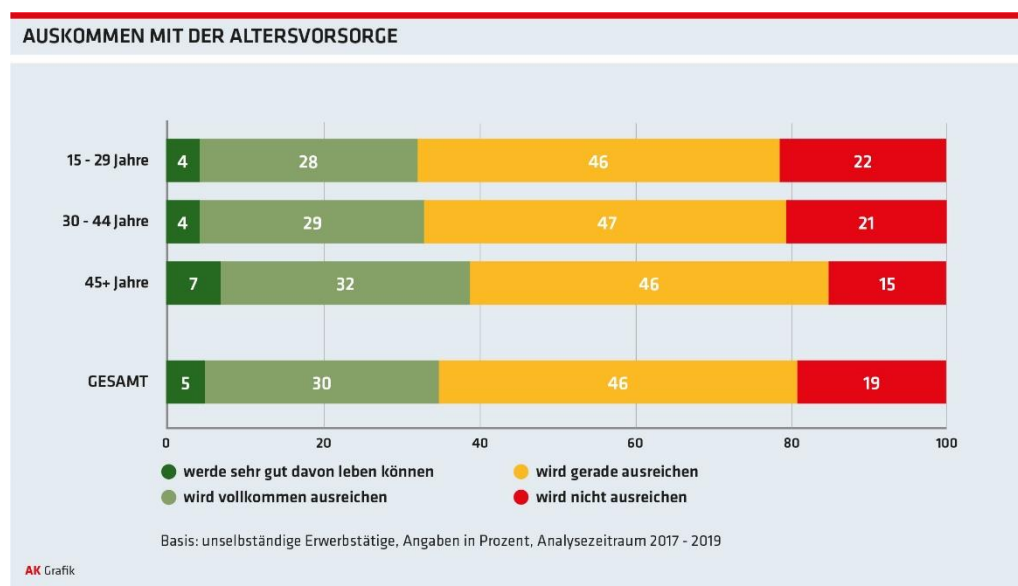
Die (beabsichtigte) flankierende Absicherung bzw. Kompensation im Rahmen des sogenannten Kapitaldeckungsverfahrens weist nämlich zu viele Lücken auf:

- Bei der „Kapitaldeckung“ werden Kosten und Risiken individualisiert.
- Die freiwillige Zusatzvorsorge können sich nur Beschäftigte mit höheren Einkommen leisten. Sie werden somit überproportional gefördert.
- Eine betriebliche Altersvorsorge, die grundsätzlich in Form einer Entgeltumwandlung und ohne Arbeitgeberbeteiligung gewährt wird, kann sogar zu einer Schlechterstellung führen, da die gesetzlichen Rentenansprüche entsprechend niedriger ausfallen. (In Österreich sind Arbeitgeber verpflichtet, beitragsmäßig mindestens die Hälfte beizusteuern.)
- Negative Effekte für Personen mit niedrigem Einkommen und/oder unterbrochenen Erwerbsbiografien führen vermehrt zu Altersarmut. (Dieser Effekt wird in Österreich durch das grundsätzlich höhere Leistungsniveau und die Ausgleichszulagen deutlich entschärft.)
- Der niedrige Beitragssatz von 18,6 Prozent zwingt deutsche Versicherte praktisch zur Riester-Rente (vier Prozent), um auf einen ähnlich hohen Beitragssatz wie österreichische Versicherte (22,6 Prozent) zu kommen.
- Die bisherigen Erfahrungen mit der Riester-Rente sind ernüchternd: hohe Kosten, Intransparenz der Produkte, sinkende Renditen und fehlende Kostenbeteiligung der Unternehmen.

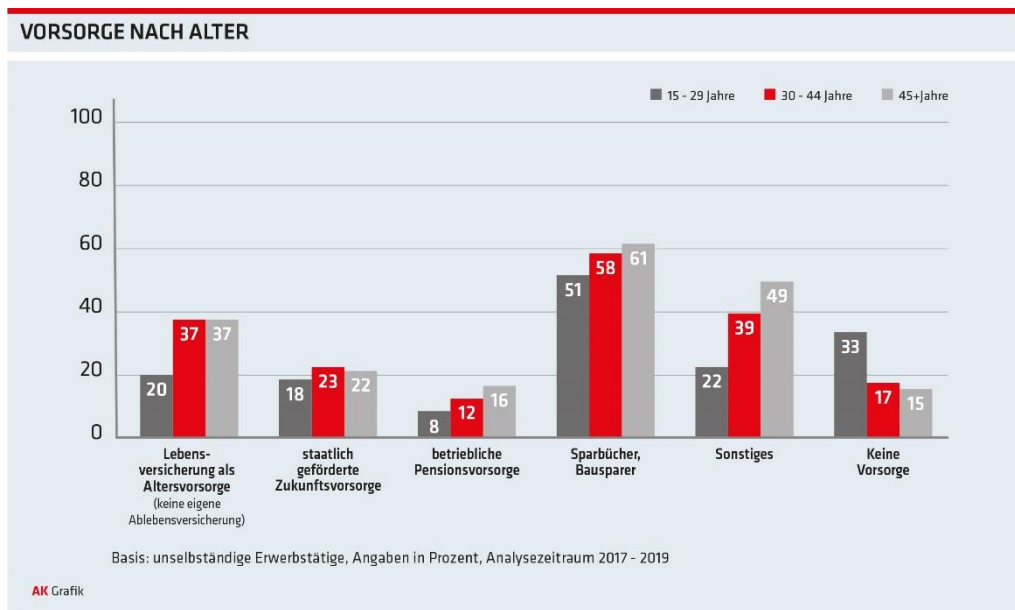
Aufgrund der unterschiedlichen Reformwege haben sich die gesetzlichen Pensionssysteme in Deutschland und Österreich deutlich unterschiedlich entwickelt. Die Verwendung öffentlicher Mittel zur Stärkung der gesetzlichen Renten- bzw. Pensionsversicherung ist eindeutig der bessere Weg. Weiters zeigt sich, dass ein hoher Lebensstandard auch im Ruhestand nachhaltig erreicht und finanziert werden kann, sofern eine gute Wirtschaftspolitik betrieben wird, die sich nicht einseitig an Unternehmens- und Finanzmarktinteressen orientiert. In Österreich wurde die öffentliche Alterssicherung abgesichert, während sie in Deutschland systematisch geschwächt wurde. Profitiert hat einzig die Versicherungs- und Finanzwirtschaft.

Der Vergleich mit Deutschland zeigt, dass österreichische Versicherte viel besser vor Altersarmut geschützt sind als ihre deutschen Nachbarn/-innen. Es muss unbedingt verhindert werden, dass in Österreich der gleiche Irrweg wie in Deutschland seit der Jahrtausendwende eingeschlagen wird. Neoliberale Politiker/-innen und private Versicherer jedoch wollen das staatliche System krankreden und verunsichern dadurch die Menschen.

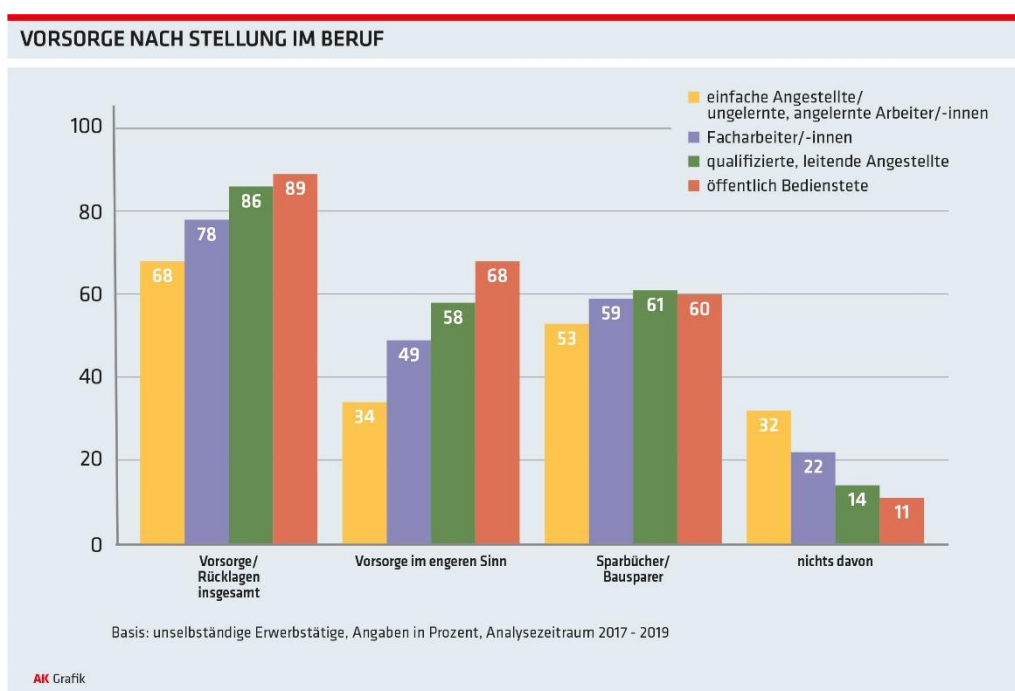
Leider funktioniert ihre Propaganda. Das zeigen die Befragungen zum Österreichischen Arbeitsklima Index. Insbesondere junge Menschen glauben, dass ihre künftige Pension gerade oder gar nicht ausreichen werde. Drei von zehn Jungen unter 30 glauben, dass die Pension vollkommen ausreichen oder sogar ein sehr gutes Leben im Alter ermöglichen wird.



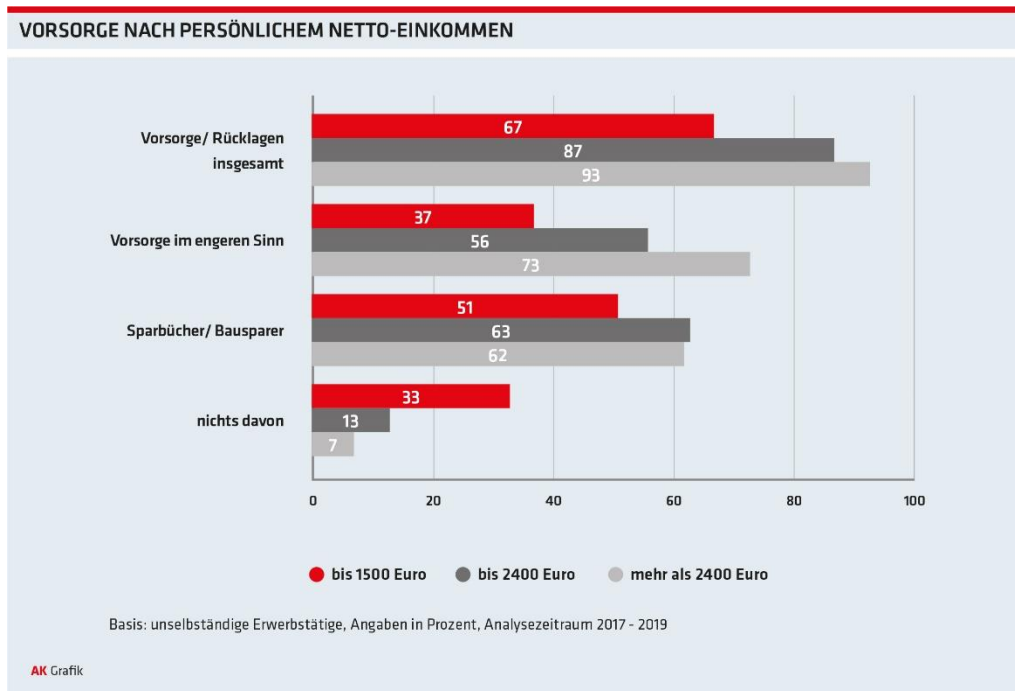
Diese bewusst verursachte Unsicherheit machen sich Versicherungsunternehmen zunutze, um junge Menschen in die private Vorsorge zu drängen. In der Praxis funktioniert das aber nicht. Denn nur etwas mehr als ein Drittel der Unter-30-Jährigen verfügt über eine private Vorsorge – in Form einer Lebensversicherung, geförderten privaten oder einer betrieblichen Pensionsvorsorge. Von den Über-30-Jährigen hat mehr als die Hälfte eine private oder betriebliche Pensionsvorsorge.



Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Möglichkeiten zur privaten Vorsorge primär vom beruflichen Status und vom Einkommen – und somit von den finanziellen Möglichkeiten – abhängen.



Wer kontinuierlich beschäftigt ist und gut verdient (und somit ohnehin die Aussicht auf eine hohe gesetzliche Pension hat), kann sich die ergänzende private Vorsorge leisten.



## Private Vorsorge verstärkt Ungleichheit

Damit wird klar, dass die – mit öffentlichen Geldern geförderte – private Vorsorge Ungleichheit verstärkt. Eine (weitere) Individualisierung und Privatisierung der Altersvorsorge begünstigt ausschließlich die Versicherungs- und Finanzwirtschaft und Besserverdienende.

Krisensituationen, seien es individuelle (z.B. Krankheit) oder gesamtwirtschaftliche (z.B. Finanzkrisen), können erfahrungsgemäß nur kollektiv und solidarisch überwunden werden. Unser gesetzliches Pensionssystem hat bislang sämtliche Krisen hervorragend bewältigt.

## Fazit und Forderungen

Österreich bietet mit seinem solidarischen Pensionssystem die beste Voraussetzung für einen Lebensabend ohne existenzielle Sorgen. Im Gegensatz zu Deutschland, wo Altersarmut vorprogrammiert ist. Die Österreicher/-innen haben sich auch in Zukunft die verlässlichste materielle Absicherung im Alter verdient.

Die AK Oberösterreich hat daher im März 2019 eine Parlamentarische Bürgerinitiative zur Stärkung des gesetzlichen Pensionssystems gestartet. Damit soll das Vertrauen der jungen Menschen in das österreichische Pensionssystem wiederhergestellt und die Prinzipien des österreichischen Pensionssystems verfassungsrechtlich abgesichert werden:

- Das gesetzliche Pensionssystem Österreichs basiert auf einer solidarischen Pflichtversicherung nach dem Umlageverfahren, bei dem die Pensionsversicherungsbeiträge der aktuell Erwerbstätigen direkt an die Pensionsbezieher/-innen ausbezahlt werden. Die erwerbstätigen Generationen können von zukünftigen Generationen verlässlich das Gleiche erwarten.
- Das gesetzliche Pensionssystem garantiert jeder/jedem Erwerbstätigen eine Pension, die den Lebensstandard sichert und vor Altersarmut schützt. Die Republik verpflichtet sich, diese lebensstandardsichernden Pensionen auch weiterhin durch staatliche Zuschüsse zu garantieren.

Mehr als 40.000 Menschen haben die Bürgerinitiative bis jetzt unterschrieben. Die Arbeiterkammer erwartet sich, dass der Nationalrat diese Unterschriften ernst nimmt und das Pensionssystem rasch in der Verfassung verankert, damit die Menschen in diesem Land wieder Vertrauen in die staatliche Altersvorsorge gewinnen.

Jedenfalls ist der Nationalrat verpflichtet, die Anliegen der Initiative in einem Ausschuss zu behandeln. Bis dahin kann die Bürgerinitiative noch auf der Parlamentshomepage unterstützt werden. Diese ist über die Seite [pensionen-sichern.at](https://pensionen-sichern.at) erreichbar.



**JETZT  
UNTERSTÜTZEN**  
**pensionen-sichern.at**